

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: 16 bis 30. September 12 000 000 M. Einzelne Nummern 1 000 000 M.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574  
Postkonten Dresden Nr. 2486. Stadtkonten Dresden Nr. 140

Ankündigungspreise - Grundpreis mal Schlüsselzahl der deutschen Zeitungen.  
(Grundpreise: die 32 mm breite Grundseite oder deren Raum 135 M., die 46 mm breite Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 270 M., unter Eingelassen 400 M.  
Schlüsselzahl: 30 000). Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Beziehungen der Verwaltung der Staatsgüter und der Landesfiskus, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsstelle von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 226

Dresden, Donnerstag, 27. September

1923

## Die Proklamation der Reichsregierung zum Abbruch des passiven Widerstandes.

### Der Ausnahmezustand im ganzen Reich verhängt!

Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über.

Berlin, 26. September.

Eine in später Abendstunde veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48, Absatz 2 der Reichsverfassung bestimmt, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet, daß die Artikel 114, 115, 117, 118, 124 und 158 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werden. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes auf freie Meinungsäußerung einschließlich Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungrechtes, Einbruch in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimis, Anordnung von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestehenden gesetzlichen Grenzen zulässig. Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der sie auf die Militärbehörden übertragen kann.

Im Einklang mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen. Für Zuwiderhandlungen gegen die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbehörden werden schwere Freiheits- und Geldstrafen angedroht. Wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, wird der Täter mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Die im Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach Verkündung der Verordnung begangen sind. Auf Erzeugen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichspräsidenten außerordentliche Befugnisse zu bilden. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Sachsen wird selbstverständlich von sich aus alles tun und unterstützen, um die Gefahren einzudämmen, von denen das Reich bedroht ist. Es müssen aber gegen die Form, in der dies durch die Reichsregierung geschehen soll, die stärksten Bedenken geltend gemacht werden.

### Aufwiegelung der Reichswehr zur Meuterei.

Berlin, 26. September.

Die deutschvölkische „Deutsche Zeitung“ beschimpft in ihrem gestrigen Leitartikel zunächst die Bevölkerung an Ruhr und Rhein, deren heroische Haltung gegen die Proklamation der Reichsregierung vor aller Welt anerkannt hat.

Dann fährt der Verfasser des Artikels, Herr Max Rauwendrucker, weiter aus:

„Ist die Wehrmacht des Reiches, der einzige Haß und die einzige Wammer, die das Reich überhaupt noch besitzt, wirklich entschlossen, eine heroische Politik der Selbstenttarnung und Verleumdung mit ihren Waffen zu betreiben?“

### Au das deutsche Volk!

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erdulden. Über 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen, Hunderte schmachten noch in Gefängnissen.

Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erhoben sich Rechtsgefühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese, dem Deutschen Reich in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk.

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterstützungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Millionen Mark. In der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbefetzten Deutschland ist zerrüttet. Mit fürchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nassen Existenz für unser Volk unmöglich wird.

Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Am das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere seelische Opfer als bisher verlangen. Heroisch war ihr Kampf, beispiellos ihre Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die im besetzten Gebiete duldeten. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen aufgaben, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterlande die Treue zu brechen.

Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Verfolgten zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte.

Reichspräsident und Reichsregierung versichern hierdurch feierlich vor dem deutschen Volke und vor der Welt, daß sie sich zu keiner Abmachung verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reich loslöst. In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschlands den Frieden wiedergeben oder mit der Verweigerung dieses Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen.

Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfung und materieller Not ihren zusammenzukommen. Nur so werden wir alle Absichten auf Zertrümmerung des Reiches zunichte machen, nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, nur so ihr die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist!

Berlin, 26. September 1923.

Der Reichspräsident:

Ebert.

Die Reichsregierung:

Dr. Stresemann, Schmidt, Dr. Geßler, Dr. Brauns, v. Raumer, Dr. Wabrunn, Dejer, Dr. Luther, Söhlmann, Dr. Gilsdorf, Fuchs, Dr. Hoffe.

Kuß nicht noch in letzter Stunde mit der unwichtigen Kraft eines Sultan, den kein menschliches „Verbot“ am Ausbruch zu verhindern vermag, eine Welle über Deutschland hingehen, in der die bodenständigen Elemente sich finden, und die das Unglück noch in letzter Stunde verhindert? Neben Bayern steht noch heute das alte Preußen, von dem wir oben sprachen.“

So wird öffentlich und bereit die Reichswehr aufgefordert, den Vorstoß zu verweigern.

### Erklärungen des Reichsfinanziers im Anschluß des Reichstags.

Berlin, 26. September.

Der zum Vorigen Ausschuss des Reichstages trat heute zusammen um die Erklärungen des Reichsfinanziers zur Aufgabe des passiven Widerstandes entgegenzunehmen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung ergriß Reichsfinanzier Dr. Stresemann das Wort. Der passive Widerstand habe seinen Höhepunkt überschritten und seine anfängliche moralische Güte allmählich eingebüßt. Nach den Angaben der besetzten Verwalter des besetzten Gebietes hätte er nur noch eine gewisse Zeit aufrecht erhalten werden können, ohne ihn der

Gefahr eines Zusammenbruches in sich selbst auszuweichen. Der Minister legte dann des Räuberens das Verhältnis der Ruhrausgaben zur Finanzlage des Reiches dar, das bald den schlimmsten finanziellen, in seinen Folgen unvorstellbaren Zusammenbruch zu bringen droht.

Die Überlegung, ob die Fortführung des passiven Widerstandes durch einen teilweisen Abbau der Ruhrkredite möglich gewesen sei, hätte ein negatives Resultat ergeben. Durch eine solche Maßnahme sei weder der Widerstand nachdrücklich aufrecht zu erhalten, noch die Gefahr eines finanziellen Chaos abzuwenden gewesen. Dem drohenden vollkommene Währungsverfall hätte man so nicht entgegenzutreten können. Die Versuch, die Stilllegung des Widerstandes zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Währung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen usw. seien erfolglos geblieben, da Poincaré sich auf den Standpunkt stellte, vor Abbruch des Widerstandes nicht in Verhandlungen einzutreten. So habe man sich dazu entschließen müssen, den Ruhrkampf aus innerdeutschen und außenpolitischen Momenten aufzugeben, weil dessen Fortführung ohne Zweifel zu einem vollkommenen Zusammenbruch im Innern geführt hätte.

Diese Sachlage sei gelöst worden durch die

### Entwicklung der Machtverhältnisse,

die härter gewesen seien, als die moralische Gegenwehr, die Deutschland demgegenüber hätte aufbringen können. Der deutschnationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Befreiung der besetzten Gebiete sowie die Instandsetzung des Wirtschaftslebens zunächst der Sorge Frankreichs und Belgiens zu überlassen, habe gerade bei den Vertretern jener Gebiete die schärfste Verurteilung erfahren. Man würde darin im Rheinland ein Aufgeben, ja vielleicht einen Verrat am Vaterlande sehen. Der Ruf der Regierung bringe zum Ausdruck, um was bei den bevorstehenden Verhandlungen zu kämpfen sei. Das seien vor allem die großen Menschenrechtsfragen, die Befreiung der Gefangenen und Zurückführung der Vertriebenen sowie die großen politischen Fragen über die Zukunft des deutschen Rheins und der deutschen Ruhr. Die Erklärungen des Ministers würden die letzten Grundlinien bilden, nach denen die Reichsregierung handeln werde.

In der nachfolgenden

Aussprache

bedigten die Abg. von Westphalen (Dem.), Westphalen (Soz.), Spahn (S.) und



Scholz (Deutsche Sp.) die Ausführungen des Rappers über die Notwendigkeit der Aufgabe des Widerstandes und stellen sich hinter die Reichsregierung. Abg. Helfferich (Deutschnat.) forderte, daß der passive Widerstand durch den Druck mit Frankreich abgelehrt werde. Abg. Rosen (Kommun.) erklärte, für die Liquidierung der Ruhrkrise sei eine Arbeiter- und Bauernregierung sowie die Schwereverfolgung Voraussetzung gewesen. Zum Schluß sprach noch Abg. Müller-Franken, der ausdrücklich jedes Wort des Aufrufs der Regierung begrüßte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

**Nächsten Dienstag politische Aussprache im Reichstag.**

Berlin, 27. September.  
Am Reichstage wird die große politische Aussprache, wie der Reichstag heute beschlossen hat, erst am Dienstag nächster Woche stattfinden. Es wird angenommen, daß der Reichstagler selbst in dieser Sitzung sprechen wird.

Die für heute angeordnete Wählung des Reichstages wird mit der bereits bekanntgegebenen Tagesordnung abgehalten. Am Freitag wird sich der Reichstag mit der Abänderung des Wahlgesetzes und am Mittwoch nächster Woche mit dem Währungsgezet beschäftigen.

**Bayerische Sonderwünsche. Deutschnationale Unverantwortlichkeiten.**

München, 26. September.  
Der Ministerpräsident Dr. v. Kulling legte in der Pressekonferenz seine Stellungnahme bei den Berliner Beratungen über den Abbau des passiven Widerstandes dar. Zustimmung ging die allgemeine Auffassung dahin, daß, bei der finanziellen Unmöglichkeit, den passiven Widerstand nicht fortgesetzt werden könne. Klein sei er jedoch geblieben mit seiner Ansicht, daß der Beschluß zur Einstellung des passiven Widerstandes nicht Gegenstand einer Mitteilung oder einer Note an die Einberufenden sein dürfe, sondern innere Angelegenheit des Reiches bleiben müsse. Er habe in Berlin auch die Hoffnung haben können, daß die zweite Forderung Bayerns in einem Aufruf der Reichsregierung zur Annahme komme, nämlich die Forderung, daß der Versailles Vertrag als gedrohen zu betrachten sei und alle Leistungen ruhen müßten, solange das Reich nicht völlig freie Verfügung über die besetzten Gebiete zurückgewinne. Auch mit dieser Forderung sei er allein geblieben. Schließlich habe er dringend gewarnt, mit dem Aufruf der Reichsregierung gleich wieder die Verhandlungsbereitschaft zum Ausdruck zu bringen. Auch damit sei er allein geblieben.

Die Forderungen Bayerns nähern sich sehr fast den Wünschen der Deutschnationalen.  
Was in dieser Stunde zu tun ist, gibt die Deutschnationale Volkspartei in einer Erklärung bekannt:

Nachdem alle Versuche, auf dem Wege der Verhandlung mit Frankreich zu einer für die Ehre des Deutschen Reiches wie für die Zukunft des deutschen Volkes erträglichen Lösung zu kommen, an dem unbedingten Vernichtungswillen unseres Gegners gescheitert sind, kann es für Deutschland nur noch einen Weg geben:

Ultimative Forderung an Frankreich zur Wiederherstellung des Rechtszustandes und Wiedergutmachung aller Rechtsbrüche. Falls diese Forderung abgelehnt wird: Druck mit

Frankreich, mit allen sich daraus ergebenden Folgen. Bürgerliche Berliner Blätter begrüßten diese Erklärung mit Recht als Stimme aus dem Zollhaus.

**Alarmnachrichten aus Bayern.**

Herr v. Rahr zum Generalstaatskommissar ernannt.

München, 26. September.  
Die herrschende politische Hochspannung kommt in den Veröffentlichungen der Blätter zum Ausdruck. Die „Münchener Post“ erklärt, die Meldungen über die Vorbereitungen der württembergischen Kampfbünde beweisen, daß schon für die nächste Zeit ein Gewaltstreik gegen den verfassungsmäßigen Zustand des Reiches und der Länder geplant sei. Das Blatt mahnt die Arbeiter zur größten Selbstbeherrschung. Wie das Blatt weiter erfährt, hat der Verband Oberland den Befehl abgegeben, am Freitag früh um 4 Uhr mit Waffen auf dem Marktplatz zu sein. In einem weiteren vertraulichen Befehl sei den Mitgliedern des Verbandes die Abreise von München strengstens verboten worden.

**Die Hochspannung.**

Die politische Diktatur Hitlers.

München, 26. September.  
Die Ereignisse in München drängen auf einen gewissen Höhepunkt hin. Die Übertragung der politischen Leitung der bayerischen Verbände an Adolf Hitler bedeutet die freiwillige Unterordnung der militärischen Stützkräfte unter eine politische Diktatur, was um so bedauerlicher ist, als der bis ins kleinste ausgearbeitete militärische Apparat der Kampfbünde, unter Leitung eines langjährigen Generalsstabes, ausschließlich von Berufsmilitären beherrscht wird. Diese militärische Organisation ist außerordentlich stark zusammenschlossen. Innerhalb zehn Tagen sollen die Nationalsozialisten aus allen sonstigen militärischen Verbänden austreten und sich in die Reihen der Kampfbünde eingliedern. Über diesen Befehlen nicht nachkommt, wird aus der Partei ausgeschlossen. Damit wollen die Kampfbünde die illegale militärische Macht an sich reißen.

Am Donnerstagabend hält Hitler nicht weniger als 14 Versammlungen ab, in denen er überall selbst auftreten will. Für diesen Tag sind in ganz Bayern außerdem alle Versammlungen und Abungen der Nationalistinnen abgelehnt und alle Kräfte in München konzentriert. Auch aus Oberbayern und der Tschechoslowakei sind deutschvölkische Führer herbeigerufen. Den Mitgliedern der Kampfbünde wurde jeder Urlaub außerhalb Münchens verweigert. Für die Nacht zum Freitag ist Alarmübung angedeutet, einzelne Gruppen sind für Freitag früh 4 Uhr in voller Ausrüstung zum Appell beufen. Ein Sturmtrupp Nationalsozialisten hat in der Nacht zum Freitag „Feldwache für Stadelheim“, das Gefängnis an der Peripherie Münchens, das in der Märgel jene berühmte Rolle für Inhaftierung politischer Gefangener spielt. In diesem Zusammenhang interessiert eine Liste, auf der mehr als 100 Namen politischer Persönlichkeiten verzeichnet sind, die zum Zeitpunkt der Aktion ausge-

hoben und ungeschädlich gemacht werden sollen, um die Gegenwirkung zu erschweren. Auf dieser Liste sind Namen bekannter Sozialisten und auch viele Bürgerliche, von denen man eine Ermattung der nationalen „Reinigung“ erwartet.

Als Gegengewicht für den Hitler-Ludendorff-Fuß, mit dem viele Volksschichten rechnen, kommt, außer den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie, in der Hauptsache zunächst zur bayerischen Regierung in Frage mit ihrer Befehlsgewalt über die Polizei und eventuell über die Reichswehrformationen.

**Eine bayerische Ausnahmeverordnung.**

Kundgebung des Herrn v. Rahr.

München, 26. September.  
Die Korrespondenz meldet aus München: Das bayerische Staatsministerium erläßt eine Verordnung über einstweilige Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, wozu auf Grund der Verfassung des Reiches und Bayerns, bis auf weiteres der Regierungspräsident von Oberbayern Dr. v. Rahr als Generalstaatskommissar bestellt wird. Verschiedene Paragraphen der Verfassung und der bayerischen Verfassung werden vorübergehend außer Kraft gesetzt. Es sind deshalb Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Brief-, Post-, Telegramm- und Fernsprecheinrichtungen, Anordnungen von Hausisolationen, Beschlagnahme und Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der geschlossenen Bezirke zulässig. Mit Verkündung dieser Verordnung geht die vollständige Gewalt auf den Generalstaatskommissar über. Alle bayerischen Behörden des Reiches, des Landes und der Gemeinden bleiben in ihrer Tätigkeit, haben aber, mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichte und Militärbehörden, den Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars Folge zu leisten. Er ist berechtigt, jederzeit an ihrer Stelle Amtshandlungen vorzunehmen. Er ist befugt,

nach § 17 des Wehrgesetzes die Hilfe der Wehrmacht anzufragen. Die Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars gehen denen aller anderen Behörden, mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichte und Militärbehörden, vor. Rechtsmittel gegen seine Anordnungen und Verfügungen sind ausgeschlossen, soweit er nicht selbst etwas anderes anordnet. Der Generalstaatskommissar kann Anordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen und ihre Absetzung, sowie Aufhebung und Anzeigung dazu, mit Gewalt bedrohen. Er ist auch berechtigt, Schenkung und Ausleihbeschränkungen zu verhängen.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Sie ist von sämtlichen bayerischen Ministern unterzeichnet.

Der Generalstaatskommissar v. Rahr hat eine Rundgebung erlassen, in der er betont, daß seine Amtshandlungen von hoher Liebe zur bayerischen Heimat, zum deutschen Volk und zum großen deutschen Vaterlande getragen sein würden. Gegen alle württembergischen Handlungen und gegen jeden Widerstand gegen seine Anordnungen werde er die Wehrmittel rufen zu lassen.

**Bayerischer Ministerrat.**

München, 26. September.  
Der bayerische Ministerrat ist heute Abend, unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. v. Kulling, zusammengetreten, um sich mit der Möglichkeit innerer Anordnungen zu befassen. Alle bayerischen Angelegenheiten ungeachtet, hält die bayerische Regierung die Gefahr nicht für abet, trifft aber die nötigen Vorkehrungen, um jedem Gewaltstreik zu begegnen. Umfassende Maßnahmen sind in diesem Sinne bereits eingeleitet; weitere wichtige Entschlüsse wird der zurzeit noch tagende Ministerrat noch bringen. Man vertritt sich in Regierungskreisen nicht, daß der von Hitler Person zusammengehaltene Kampfbund noch diszipliniert und gelängert bewaffnet ist, und daß diese zur Aktion treibenden Elemente bei dem jugendlichen Gros nur allzu willig Wehr finden. Aber man rechnet andererseits auch mit der nächsten Einfließ der Führer (V) und glaubt sich weiter bei jedem Pulshörversuch auf Reichswehr und Landespolizei verlassen zu können.

**„Fertig zum Aufjagen!“ Ein Aufruf an die bayerischen Kavalleristen.**

München, 26. September.  
Am „Völkischen Beobachter“ richtet Herr Graf Wedde an die ehemaligen Kavalleristen einen Aufruf zur Bereitstellung in Wehrtruppen der Sturmabteilungen.  
Der Aufruf beginnt:  
„Fertig zum Aufjagen! Wer demütigt und noch ein geringfügig großdeutsches Vaterland liebt, der lebe mit, es vor dem Wagnis dem hochverrätherischen Untergang zu erliegen. Schwere Reiter, Ulanen und Chevaulegers, alle anderen deutschen Reiter, deutsche Jugend, ohne Unterscheid der Person, Reite auch bereit für die kommende Zeit! Reitet auch beim Sturmabteilung-Reiterkorps der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.“  
Ein ähnlicher Aufruf ergeht an alle deutschen Automobilbesitzer. Die Leitung der Arbeiterpartei gibt von heute ab Verpflichtungsbüchlein heraus, die durch ihre Geschäftsträger

**Ein neuer Cranach im Berliner Museum.**

Der Cranach-Baal des Berliner Kaiser Friedrich-Museums hat jetzt, wie wir einer Mitteilung des B. Z. entnehmen, ein neues Mittelstück erhalten: als Reuertorbung wurde das Bild aufgehängt, das Lucas Cranach von der Gattin des Wiener Professors Johann Stephan Reuß gemalt hat. Damit wird die Jugend des Reußers durch ein zweites bedeutendes Werk in der Berliner Galerie vertreten; dem Bildnis gegenüber hängt die löbliche Ruhe auf der Frucht im deutschen Walde, die aus der Sammlung Konrad Fiedlers stammt. Eine Erwerbung von solchem Range ist heute einem deutschen Museum nur beim Zusammentreffen von glücklichen Umständen möglich. Das Cranach-Bildnis hing bis zur Umwidmung im Rudolfsbader Schloss; und kam deutschen Kunstfreunden nur höchst selten zu Gesicht, so 1904 auf der Kunsthistorischen Ausstellung in Genua. Dort erkannte man, daß es das weitliche Gegenstück zu einem herrlichen Cranach des Räteberger Museums ist: dort hängt, durch eine alte Inschrift auf der Rückseite benannt, der Professor Reuß, 1603 datiert, als 41-jähriger. Man ging seiner Persönlichkeit nach, um über die dunkle Jugend Cranachs vielleicht einigen Aufschluß zu erhalten. Was an Tatsachen herauskam, war nicht eben viel. Reuß, der aus Konstanz stammte, wurde 1499 an der Wiener Universität immatrikuliert, war im nächsten Jahre und dann noch zweimal Dekan und 1504 Rektor. 1514 ist er in Wien gestorben als Doktor beider Rechte, Doktor des Kaiserlichen Reichs und Vorkantor der kaiserlichen Kammer. Daß er bei seinem Bildnis auf Cranach kam, war ein guter Gedanke. Denn in ganz Österreich hätte er keinen finden können, seine nicht gerade edlen Jünger geistig bedeutend zu schärfen wie den jungen Franken, der auf der Wanderschaft damals in den Tonmalereien war und als Vater

und Holzschnitt-Künstler einen Auftrag gut gebrauchen konnte. So hat er für die Wiener Kreuzer einiges gezeichnet, natürlich viele seiner Jugendwerke sind in Wien selbst, und aus der Gegend höchst von der reizenden Wasserburg am Inn, aus Kloster Atel stammt die großartige Kreuzigung von 1508 im Münchener Museum.

In Rom sieht die nicht mehr junge Frau — eine Altersangabe, wie bei dem Bildnis des Mannes, fehlt hier — vor dem weiten Orban der Landschaft, dem blauen Himmel, unter dem die große Linie ihrer mächtigen weißen Haare sich wölbt, und dem etwas kleinen Personchen des Charakters erhöhten Dolens gibt. Es ist eine wenig schöne, aber tüchtige Hausfrauenscheine, die da sitzt, reich geschmückt mit einem goldenen Halsband unter ihrem knappen Halsbandschnitt, mit einem goldenen Gürtelband, das unter der Brust ist und mit nicht weniger als sieben Ringen an den Händen. Die Arme hat sie, wie schicklicher, vorn zusammengelegt, und der Maler, der die nervösen und gestrauten Hände ihres Mannes, die auf einem schönen Buche liegen, sein charakterisiert, hat die Frauenscheine, an denen sich kein Finger ausstreckt, in beschämender Art getroffen. Der Blick aus dem dunklen Augen geht am Beschauer vorbei. Die dunklen Wimpern, die fast gebogene Nase, das sehr schwache Kinn geben dem Kopf einen fremdartigen Reiz. Wer sehen will, wie, trotz der blauen Verzierung Cranachs, die überall durchscheint, dieser Frauenkopf mit reichen materiellem Mitteln gefaltet ist, der sehe nebenan, im Räteberger Museum, das mit phantasievoller gemalte Frauenbild des so gelegenen Jakob Elmer, das zur gleichen Zeit in Nürnberg entstand.

Konert Field. Der Londoner Pianist Harry Field ist in Dresden seit Jahren bekannt und geschätzt. Am gestrigen Abend im Palmengarten brachte er sich von neuem in empfehlende Erinnerung. Mit Stücken von Bach, Beethoven

(F-dur-Variationen), Chopin (u. a. die „Schwarzen-Gänge“) und Liszt. Die technische Fertigkeit ist ihm geblieben, auch das Schwärmerische des Anschlags ist empfindlichen Werken (eine eigene „Romane“). Nur im Akt gehen die Hände gewissermaßen mit ihm durch, ein Umstand, der u. a. dem Schlußteil von Liszt selten aus dem Programm erscheinender 11. Kapelle etwas Unruhiges gab. Das es Roland Hocquet, unserer viel zu wenig beachteten Dreidner Komponisten, mit einer stimmungsvollen Schöpfung (Des-dur-Prélude) betätigt, dafür sei dem Konzertgeber gedankt. Wenn hätte man gerade von ihm ein der Rokoko des Urhahnen Johann Field (1782 bis 1836) gehört, die Frau, die herausgegeben und in ihrer klavieristischen Bedeutung so überaus feinsinnig gekennzeichnet hat. Charlotte Schrader zählt zu dem hoffnungsvollen Nachwuchs der Staatsoper und hat bereits erfreuliche Proben ihrer Begabung abgelegt. Ihr Piano ist reizvoll, aber der böse Publikumstempel beeinträchtigt die Reinheit der höheren Lage, sobald Resonanz schon über 22 hinaus die Longebund flackert. Besteht war eine Indispension vorhanden. Jedenfalls muß die Sängerin auf ihre Kopfhaltung acht geben, die nicht Beschwungenes haben darf, soll die Stimme frei und hemmungslos ausströmen. Die Wahl der Lieder ist zu loben, einzelnes ging noch über ihre Kraft. Mit größter Aufmerksamkeit und zuverlässiger Musikalität wählte Karl Remdour seines Amtes als Begleiter am Flügel. Die beiden Konzertgeber empfingen lauten Beifall und wurden nicht ohne den Zugaben-Schilling entlassen. S. P.

Aus den Erinnerungen eines berühmten Antiquars. 40 Jahre in meinem Buchladen nennt der berühmteste Antiquar Englands, Walter T. Spencer, seine Jochen in London erschienenen Erinnerungen. In dem Schaufenster seines beschriebenen Ladens in New Oxford Street häuften sich die Buchstücken, und zwar hatte es es

beendet auf Cranach und Reliquien der großen Dichter des 19. Jahrhunderts abgeben, auf die in Lieferungen erschienenen ersten Veröffentlichungen der Romane von Dickens und Thackeray, der Originalausgaben der Zeichnungen von Kate Greenaway, auf die ersten Trübe der Pictorialisten. Fast alle Verhältnisse des victorianischen Zeitalters waren unter seinen Buchstücken, indem sie bald von ihm gekauft oder an ihn verkauft. So gehörte Wladimir zu jenen Kunden, und zwar konnte er gern Bücher, die ihm die Verleger gemahnt hatten, gegen andere Werke um, an denen ihm mehr lag. Rossetti, Whistler, Beardsley gingen bei ihm aus und ein, und von dem ersten, stets besonders sorgfältig geliebten Whistler erwarb ihm Walter T. Spencer, daß sie beide dieselbe Toilettengegenstände hätten; sie verwendeten nämlich gewöhnlichen Lampenputz, um sich die hellen Stellen des dünn werdenden Haars zu schmelzen. Sehr viele Buchstücken erhielt Spencer von Georgina Hogarth, der Schwester von Dickens' Frau, welche die jüngeren Kinder des Dichters erzogen hatte und 40 Jahre in seinem Haushalt lebte. Die alte Dame lebte etwas über ihre Verhältnisse; sie hatte z. B. ihre Zimmer stets mit Blumen reich geschmückt, und deshalb war sie gewissermaßen reich geschmückt, aber zweimal wöchentlich mit Reliquien von Dickens in Spencers Laden zu laden. Das letzte sah durch 8 oder 9 Jahre fort, und manchmal kaufte der Antiquar für 40 Pf. Stiel. in der Woche. Er erhielt von ihm für 1000 Pf. Stiel. die Handschrift von „Das Heimchen am Herd“ und verkaufte sie für 2000 Pf. Stiel. an einen amerikanischen Händler in einer aufregenden Szene, in der zwei Käufer, der eine oben, der andere unten auf der Treppe, auf das höchste Manuskript boten. Soeben erwarb es die Bibel des Dichters, die auf dem Tisch an seinem Totenbett gelegen hatte, zudem seinen Haars, seinen Federhalter usw. Unschätzlich schätzte er einen Besuch von Robert Louis



beziehen sind. Alle deutschen Automobilbesitzer und Firmen geben in den Verpfändungsstellen ihre zu verpfändenden Wagen mit oder ohne Führer an. Werden Kraftfahrzeuge gestohlen, so kommen nur solche in Frage, die im Besitz von Führerscheinen sind. Dieser Kautz ist von der Zeitung der Automobilbesitzer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unterzeichnet.

Ein Aufruf Hitlers.

Die Vorbereitung der Kampfkampferzeugung. Dresden, 26. September.

Herr Hitler erklärt nachstehenden Aufruf: An die Parteimitglieder! Nachdem ich mit dem heutigen Tage die politische Führung des Deutschen Kampfbundes übernommen habe, fordere ich die Parteigenossen auf, aus allen militärischen Verbänden, die nicht dem Kampfbund angehören, sofort auszutreten und in die Reihen der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, „Reichsjugend“ oder „Oberland“ einzutreten. Wer dieser Aufforderung binnen zehn Tagen nicht nachkommt, wird aus der Partei ausgeschlossen.

Verhaftungen in Berlin.

Berlin, 26. September. Auf Veranlassung des Polizeipräsidenten in Berlin wurde am Dienstag ein rechtsradikales Klub aufgehoben. Die Mitglieder, die in dem begründeten Verdacht standen, ungesetzliche Absichten zu hegen, sind jedoch nach 24stündiger Haft am Mittwoch wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Den Verhaftungen liegt, nach den Grundangaben unseres Berliner Berichters, folgender Sachverhalt zugrunde: 19 Verhaftete gehören ausnahmslos dem in verschiedenen Bezirken Berlins bestehenden „Reichsbund“, der an sich vom Minister des Innern genehmigt ist. Da sich aber herausgestellt hatte, daß unter diesen Verdächtigten allerlei Leute zusammenkamen, die verschiedenen Organisationen angehörten, griff man zu. Die Festgenommenen waren fast ausschließlich zum großen Teil der Polizei als eifrige Anhänger des Kampfbundes und Ehrhardt bekannt. Wie wir zuverlässig weiter erfahren, hat die Polizei Ermittlungen über die regierungseigenen Verhaftungen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei eingeleitet. Für die nächsten Tage werden Verhaftungen erwartet. Auch hier handelt es sich im wesentlichen um Anhänger Ehrhardts und Kampfbundes, die bereits seit einiger Zeit beobachtet werden.

Uebergangsmassnahmen zur Produktivität.

Einknappung der Weiterzahlung der Ruhrhilfe. Berlin, 27. September.

Die nächste Entwicklung im Ruhrgebiet dürfte, nach der Ansicht unterrichteter Parlamentskreise, in der Privatwirtschaft der besetzten Gebiete dahin gehen, daß die Fabriken und sonstigen Betriebe ihre Tätigkeit nunmehr wieder aufnehmen. Die Schwierigkeit liegt für die Reichsregierung also nicht bei den privaten Unternehmen des Ruhrreviers. Welmehr besteht sie in der Frage: Wie sollen sich die Beamten den Besatzungsmächten gegenüber

verhalten? Von der Reichsregierung werden den Beamten bestimmte Weisungen für ihre Haltung gegeben werden. Die Aufarbeitung dieser

Richtlinien.

die gewissermaßen einen zentralen Charakter tragen müssen, da sich die Lage in den besetzten Gebieten ja täglich ändern kann, muß sehr überlegt werden. Jede Verwaltung, wie Eisenbahn, Post, Forsten usw. muß die besondere Weisung erhalten. Es sind Fragen zu klären, wie z. B. die, ob etwa ein Fortschrittler den Organen der fremden Mächte beim Zusammenfallen Hilfe leisten muß usw. Weiterhin sind im Ministerium für die besetzten Gebiete eine abermalige Beratung über diese Probleme statt. Auch im preussischen Ministerium des Innern sowohl wie im Reichsfinanzministerium beriet man während der letzten zwei Tage fast ununterbrochen über die Weisungen an die Reichs- und Staatsbeamten der besetzten Gebiete. In den beiden Ministerien hatten sich die Oberpräsidenten der in Betracht kommenden Gebiete wie der Pfalz, Elsaß, Baden, und die Regierungspräsidenten aus Wiesbaden, Köln, Aachen, Trier und Koblenz mit den Beamten der Reichsbehörden versammelt. Dabei wurde die praktische Durchführung der allgemeinen Beschlüsse des Reichskabinetts, wie sie sich für die Eisenbahn, Post, Forsten- und Polizeiverwaltung darstellen, eingehend besprochen. Auch das Problem der Abführung der Kohlensteuer und der Zölle erörterte man und sagte darüber ins einzelne gehende Beschlüsse.

Stille Einmütigkeit herrschte darüber, daß der Kampf gegen den Separatismus mit aller Energie und Schärfe fortgeführt werden wird. Ferner war im Zusammenhang, wie sich die Besatzungsmächte verhalten werden, und insbesondere über die Besprechungen mit anderen Mächten gesprochen, um kein gewisses Übergangsabkommen nicht abzuschließen werden. Mit Rücksicht auf diese Tatsache soll, wie verlautet, die Rhein- und Ruhrhilfe der Reichsregierung noch etwa drei Wochen weitergehen.

Die Pläne der Reichsregierung.

Berlin, 27. September.

Die Reichsregierung hat bereits die notwendigen Vorbereitungen zum schnellen Abbau der Ruhrfront getroffen. Sie plant u. a. einen besonderen Kommissar mit der Abwicklung zu betrauen. Auch die großen Organisationen dürfen, im Hinblick auf den Aufruf der Reichsregierung, im Verlauf des heutigen Tages in Besprechungen über den Abbau des passiven Widerstandes zusammenkommen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei versammeln sich an diesem Tage in Wiesbaden.

Erlaß an das Reichsbahnpersonal.

Berlin, 26. September.

Der Reichsverkehrsminister hat einen Erlaß betreffend, in dem er dem Reichsbahnpersonal für seine Haltung im Ruhrabwehrtampf seinen Dank ausspricht und betont, daß diese Taten nicht vergessen werden dürfen. Die nötigen Maßnahmen zum Abbau des Abwehrtampfes würden noch besonders beauftragt werden.

Die Regierungsbildung in Thüringen.

Das Abwehrprogramm der Kommunisten.

Weimar, 26. September.

Wesens verhandeln die Sozialdemokraten mit den Kommunisten abermals über die Neubildung der Regierung. Nach einer mehrstündigen Sitzung gab die kommunistische Partei die Erklärung ab, daß sie, auf Grund der ablehnenden Haltung der Sozialdemokraten gegenüber der Anerkennung des Betriebsräte-Kongresses und der Bildung proletarischer Hundertschaften, außerhande sei, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterzeichnen. Sie will jedoch die endgültige Entscheidung einem schleunigst einuberufenen kommunistischen Parteitag überlassen, der einer Weiterführung von Verhandlungen jedenfalls zustimmen dürfte, wenn die sozialdemokratische Partei bereit ist, auf folgende Fragen in einem Aufruf gegen die Sozialisten klar zu antworten:

1. Ist die U.S.P.D. bereit, die Thüringer Grenze gegen Bayern durch gemeinsame sofortige Organisation aller Betriebskontrollen und durch die sofortige gemeinsame Schaffung proletarischer Hundertschaften in den Betrieben und Orten zu schützen?
2. Ist die U.S.P.D. zu gemeinsamer Propaganda für einen einheitlichen proletarischen Selbstschutz, insbesondere durch ein gemeinsames Flugblatt und Versammlungen, in denen Arbeiter beider Parteien für ihn sprechen, bereit?
3. Ist die U.S.P.D. bereit, gemeinsam Konferenzen der Arbeiterparteien und proletarischen Selbstschutzes für Thüringen und später auch gemeinsam mit Sachsen einzuberufen? Ist sie bereit, sofort mit einer gemeinsamen Konferenz der Arbeiterparteien und Regierung Sachsen und Thüringens zur Vorbereitung der gemeinsamen Abwehr der bayerischen Reaktion und der Durchführung einer gemeinsamen proletarischen Front einzuberufen? Ist sie weiter bereit, einen gemeinsamen Aufruf mit uns zur Mobilisierung der Massen gegen die sozialistische Gefahr zu erlassen?
4. Ist die U.S.P.D. zu gemeinsamen Vorgehen der Arbeiterparteien und Regierungen Thüringens und Sachsen gegen Weimar und den Reichshauptstadtbund bereit? Dazu würden gehören: gemeinsame Zusammenkunft der Parteien und Regierungen, Austausch des Materials und ein gemeinsamer Aufruf gegen Weimar.
5. Ist die U.S.P.D. bereit, mit uns gemeinsam gegen die kommunistische Propaganda und besonders folgende praktische Maßnahmen mit uns zu treffen:
  - a) gemeinsamer Aufruf gegen die kommunistische Propaganda, wie Verbot kommunistischer Zeitungen, Verhaftungen, die Verfolgung der Betriebsrätebewegung;
  - b) durch geeignete Maßnahmen das Verbot kommunistischer Zeitungen unwirksam zu machen.

Neue Verhaftungen in Gießen.

Gießen, 26. September.

Gestern morgen 1/2 Uhr wurden, im Auftrag der französischen Besatzungsbehörde, der

vertretende geschäftsführende Bürgermeister Bajer der Stadt Gießen, Polizeirat Egner und ein Beamter der Giesener Staatsanwaltschaft verhaftet und nach Weiden abtransportiert. Es dürfte sich um einen sogenannten Verhaftungsfall handeln gegenüber der Verhaftung des Hochverrats Georg, der in französischer Eisenbahnregulierung übergetreten ist. Die Stadtverwaltung legte Protest gegen die Verhaftungen ein.

Dortmund, 26. September.

Das französische Militärgericht verhandelte gegen den Verhaftungsmann Karl Overthun und den Oberpostinspektor Heinrich Krahe aus Dortmund. Bei der Vernehmung des Oberpostinspektors durch die Franzosen war in einem abgelegenen Zimmer eine telephonische und telegraphische Einrichtung gefunden worden, mit der man mit dem unbefestigten Gebiet verkehren konnte. Overthun besitzt von dieser Einrichtung Kenntnis gehabt zu haben. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 200 Goldmark verurteilt. Krahe wurde freigesprochen.

Der Tag der Sonderbündler.

Ausdrückung der rheinischen Republik am 30. September.

Wien, 26. September.

Von maßgebender Stelle wird folgende Information verbreitet: Nach durchsichtiger Mitteilung der rheinischen Sonderbündler am 30. dieses Monats in Düsseldorf, im Hinblick auf eine nach dort einberufene Versammlung, die Ausdrückung der rheinischen Republik. Eine Vertrauensmännerziehung des Rheinischen Unabhängigkeitsbundes hat die entsprechenden Beschlüsse am 15. September in Düsseldorf gefaßt. Es dürfte weiteren Kreisen noch bekannt sein, daß die Führung der vereinigten Sonderbündler von einem Generaldirektorium übernommen wurde, in dem alle Herren vertreten sind, deren Namen in den letzten Tagen als Träger des rheinischen Sonderbundes bekannt wurden. In der genannten Versammlung in Düsseldorf wurde bemerkt, daß demnach die grüne Polizei, soweit sie im besetzten Gebiet noch vorhanden ist, freigelegt werden solle. Wichtig ist, wie man die der deutschen Polizei abgenommenen Waffen dem Kampfbund der Sonderbündler zuführen, der den Namen „Rheinwacht“ führen soll.

Wie sehr man mit der Düsseldorfener Tagung des rheinischen Unabhängigkeitsbundes als Gründungstag der rheinischen Republik rechnen, geht aus den Ausführungen hervor, die Dieck in der genannten Versammlung, im Hinblick auf die Ausführungen des Reiches, machte. Er bemerkte, daß zu der Düsseldorfener Versammlung am 30. September mehr als 70 Mitglieder von den Franzosen gefaßt werden, und daß bereits 200 000 Anmeldungen vorliegen. Er behauptet, daß unter den Gemeldeten sich auch 400 Bergleute aus dem Ruhrgebiet befinden. Sollte diese Behauptung stimmen, so ist anzunehmen,

Stevenson: Es regnete stark, und er lehte sich schwer in einen Stuhl in meinem Hinterzimmer, erzählte mir, daß einer seiner Schiffe ein Loch habe, worauf ich ihm rief, ihn auszusuchen und den nassen Strumpf am Feuer zu trocknen. Ich gab ihm etwas Branntwein, um ihn vor der Erkältung zu schützen. Ich war sehr niedergeschlagen über die 60 Stroh der ersten Ausgabe seiner „Neuen Märchen“ aus tausend und einer Nacht“, die bei mir standen, und für die ich 1 Schilling für das Stück gegeben hatte. „Die Erzählungen meiner Väter“ sind wohl nicht begehrt?“ fragte er melancholisch. Spencer erwiderte es noch, daß 101 Pf. Stroh für den Band bezahlt wurden. Von Stevensons alter Dienerin Alison Munro kaufte der Antiquar später alle Bücher und Briefe, die der Dichter ihr reichlich hatte.

Spencer zeichnet von manchen seiner Besucher interessante Porträts. So von Walter Pater: „Ich sehe ihn noch vor mir mit seinem grimmigen biden Schnurrbart, unter dem herab er einen anknäuelte.“ So von Kate Greenaway, der Klaffzahn der Kinderbücher: „Sie kam in meinen Laden, sicherlich ohne die letzte Ahnung davon, wie häufig und uninteressant sie ausfah.“ Der große Romanautor Gillingham sah mit seiner hünen, gebückten Miene sehr schön aus.“ Von wunderlichen Bücherliebhabern weiß der Antiquar viel zu erzählen. Sein Kundenkreis bestand aus Sammlern aller Art, Reichen und Armen, Fremdlingen und Wäldern. Ein Buchmacher war sein erster guter Kunde, der ihm die Originalmanuskripte von Dickens, „Domby und Sohn“ für 65 Schilling abkaufte und Auftrag für weitere Druckaufgaben gab. Spencer kaufte ihm einen vollständigen „Pictorial“ für 70 Pf. Stroh. und brachte ihm eine ganze Sammlung von Dickens-Ausgaben zusammen. Einige der Sammler mußten ihre Liebhaberei vor ihren Frauen geheim halten. Einer von diesen war ein Gemäldebändler, der seine Einkäufe heimlich machte und einen Brief verarbeitete hatte, der ihm mitteilte,

daß im Laden „reine Luft“ sei. Er trug seine Einkaufsgüter sicher in einem Korb mit Korkstreifen fort. Manchmal ließ er sich auch die erhabenen Bücher auf den Rücken binden und zog den Korb darüber. Ein anderer Sammler aus Württemberg ließ sich seine Bücher immer zu dem Wäldern in seine Kuchentisch bringen und schmuggelte von dort die Bücher in sein Heim, wenn keine Frau dort war.

Die Herstellung eines neuen Elements. Der große dänische Naturforscher Niels Bohr, dem vor einigen Monaten die Isolierung des neuen Elements Gasman gelang, hat jetzt wie Kopenhagener Blätter berichten, die Reinheit des Elements bereits bis zu 99 Proz. gesteigert. Er hofft, binnen kurzem ganz reines Gasman hergestellt zu haben. Die praktische Ausbeutung des Elements wird bereits erwogen; es dürfte besonders für die elektrische Lampenindustrie von Wichtigkeit sein. Das Rohmaterial, aus dem das Element hergestellt wird, kommt von den Feldspatminen in Norwegen, und da der Feldspat in großen Mengen vorhanden ist, wird sich sehr rasch eine Gasman-Industrie entwickeln, an der sich auch große ausländische Firmen beteiligen.

Eine Jungfrau von Orleans von Shaw. Bernhard Shaw hat, wie der „Manchester Guardian“ mitzuteilen weiß, ein neues Drama vollendet, das im kommenden Winter in London aufgeführt werden soll. Er hält sich zwar über das Werk noch in Schweigen, doch ist soweit sicher, daß das Drama die Jungfrau von Orleans zur Heldin hat, und auf die Art der Behandlung läßt Shaws Auserkunft schließen, daß „Joanna d'Arc“ tatsächlich die erste Proletaristin war.

Ein bilabialer Fund in den Ostalpen. Während aus den Ostalpen bereits eine Anzahl Niederlassungen des bilabialen Menschen bekannt sind, hat sich in den Ostalpen bisher nur in einer Höhle bei Murnau in der Steiermark seine Anwesenheit nachweisen lassen. Nunmehr ist es im Sommer dieses Jahres dem Direktor der anthropologisch-ethnographischen Sammlung des

Naturhistorischen Staatmuseums in Wien, Dr. Josef Bayer, gelungen, im Bereich des im südlichen Teile Oberösterreichs gelegenen Totengebirges Spuren des bilabialen Menschen in Form von Steinwerkzeugen nachzuweisen, welche die charakteristische Bearbeitung der älteren Steinzeit zeigen. Der Fund Dr. Bayer's ist aus mehreren Gründen für die Urgeschichtsforschung von sehr großer Bedeutung, am meisten deswegen, weil der Fundort etwa 1100 Meter hoch im ehemaligen Verwaltungsgebiet liegt. Ein Mensch kann hoch in den Alpen nur unter einem günstigen Klima, das einen reichen Wildbestand ermöglicht, gelebt haben. Der Fund muß daher in eine Zeitperiode zurückzuführen, aus der wir im Österreich noch keine menschlichen Spuren besitzen. Es handelt sich hier jedenfalls um den ältesten, bisher auf dem Boden Österreichs gemachten menschlichen Fund. Interessant ist ferner, daß der Fund ein Heroldsfund ist; denn bisher konnte man soweit zurückweisende Menschen nur aus Höhlen.

Die Festlegung der Zahl der Ausnahmestellen für geistige Betriebe in einem gewissen Verhältnis zur Einwohnerzahl ist in verschiedenen Ländern mit gutem Erfolg unternommen worden, das jüngste Beispiel einer solchen Regelung bietet die Tschechoslowakei. Hier hat das Handelsministerium im vorigen Jahre beschlossene Bestimmungen getroffen. Danach soll auf je 500 Einwohner nur eine Gasthausgerechtsame entfallen, auf je 1000 eine Befugnis zum Wildverkauf, ebenso zum Weinverkauf von Höhe und gewöhnlichem Schnaps, erst auf je 5000 eine Brauereigerechtsame, eine Kaffeehaus- und Weintrafenerlaubnis — Bestimmungen, die gegenwärtig an allen Orten weit übertritten sind.

\* Städtische Bühnen und Lesehalle. Am 1. Oktober wird die Antike in den neuen Räumen im Stadthaus an der Theaterstraße eröffnet, nachdem die Lesesäle bereits am 15. August

der freien Benutzung für jedermann übergeben worden sind. Wegen einer verhältnismäßig geringen Besetzung (1 Mann für das ganze Vierteljahr) hat hier jeder Gelegenheit, gute Bücher unterhaltenden und wissenschaftlichen Inhalts zu entnehmen, ein Vorteil, den sich angesichts der schier unerschwinglichen Bücherpreise niemand mehr entgehen lassen sollte. Unbemittelten kann die Besetzung erlassen oder einmündig werden. Öffnungszeiten: 10 bis 2 und 4 bis 7 Uhr wochentags. Alles weitere ist in der Bücherei zu erfragen.

Neues Theater. Der Vorverkauf für die am Sonnabend, 29. September, stattfindende Gastaufführung von Max Weber's Schauspiel „Das Gelbe Fell“ hat bereits begonnen. Karten an der Tageskasse im Hause der Kaufmannschaft, Ostra-Wärde 9, von 10 bis 2 Uhr und 5 bis 7 Uhr, Telefon 15739 und im Besetzungsbüreau, Prager Straße.

Mitteilung der Sächsischen Staatstheater. Schauspielhaus: Bei der Aufführung des neu einstudierten „Macbeth“ am Sonnabend, 29. September (außer Anrecht) wird das Publikum um pünktliches Erscheinen gebeten. Die Türen bleiben bis zum Schluß der vierten Szene geschlossen. Anfang 1/2 Uhr.

Kaufmann'sches Schauspielhaus. Der Vorverkauf für die ersten Vorstellungen der neuen Spielzeit „Die Freier“ von Eichenhoff mit Musik von Christian Lehmann unter Mitwirkung von Mitgliedern des ehemaligen Philharmonischen Orchesters beginnt am Freitag, 28. September, vormittags von 10 bis 2 und nachmittags von 5 bis 7 Uhr.

Josef Leberer's „Tedeum“. Die Aufführung des Werkes in der katholischen Hofkirche ist vom Sonntag, 30. September, am Sonntag, 7. Oktober, verlegt worden.

Sonderausstellung des Museums für Völkertunde. Vom 1. Oktober ab wird die Sonderausstellung über die Kultur der Mongolen in der Orangerie (Ostra-Wärde) stattfinden. Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 5, Sonntag von 11 bis 1 Uhr unentgeltlich zur Besichtigung offenstehen.



daß die Düsseldorf-Berliner Verhandlung einen Kartellpolitischen Einschlag haben wird. Unmittelbar im Anschluß an diese Verhandlung soll zur Tat geschritten werden, und zwar um 5 Uhr nachmittags will man dem General Degeante eine vom Generaldirektorium des Unabhängigkeitsbundes aufgesetzte Protestnote überreichen. Aber den Inhalt dieser Protestnote verleiht noch nicht. Worauf sie sich beziehen wird, weiß aber die Bemerkung, daß nach jugendlicher Antwort des Generals, die rheinische Republik ausgerufen werden soll. Kampftruppen der anwesenden Ortsgruppen seien bereits für die Verhandlung eingeteilt; sie hätten den Befehl, mit aller Schärfe gegen Gegenübergebungen vorzugehen, und wenn der Sammelplatz nicht ausreicht, solle von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. Man droht, daß nur ganz zuverlässige Vertrauensmänner zum An-

sehen der Pläne bestimmt wurden, und daß auch diese mit Revolvern bewaffnet seien und den Auftrag hätten, jeden, der sie am Aussehen der Pläne hindern sollte, niederzuschlagen. Weiterhin erzählt man, daß die Sonderbündler innerhalb ihrer Parteien bereits Mitglieder für den zukünftigen Polizeidienst auswählten. Der Düsseldorf-Kampftrupp soll eine Stärke von 300 Mann haben. Die Sonderbündler Matthes und v. Mehen haben sich in den letzten Tagen in Koblenz aufgehalten, um dort die Bildung eines „Gesamt-Bewegung-Direktoriums“ zu fördern, für dessen Tätigkeit man sich die Mitarbeit fremder Stellen im Rheinland sichern möchte. Dieser beabsichtigte Vorstoß der Sonderbündler, d. h. der sogenannten rheinischen Unabhängigkeitspartei, wird selbstverständlich in den Kreisen aller politischen Parteien des Rheinlandes auf das

allerheftigste beurteilt. Nach die Kreise, die schon seit langem für eine Verständigung mit Frankreich gearbeitet haben und die Aufgabe des passiven Widerstandes propagieren, sehen hierin eine der größten Gefahren für die kommenden Aufgaben der Reichsregierung, da hierdurch die Verständigung mit Frankreich nicht erleichtert, sondern nur erschwert werden würde. Berlin, 26. September. Die politischen Parteien des Rheinlandes planen, dem Berechnen nach, am kommenden Sonntag eine große Massenkundgebung im Grenzberger Waldchen. Die Kundgebung wird ein Treuegelübde des Rheinlandes gegenüber den jüngsten Plänen der Sonderbündler darstellen.

die gegen den General Bellini gerichtet gewesen sei. Es werden der griechischen Regierung einige Verwicklungen zur Last gelegt. Aber man müsse anerkennen, daß die griechische Polizei an der griechisch-albanischen Grenze nicht so organisiert sei, daß sie das Verbrechen entdecken könne. Die Mehrheit der Kommission neigt daher der Ansicht zu, daß es sich um einen persönlichen Rachakt handelt. Der italienische Delegierte aber bleibt bei dem politischen Bestreben. Die Beschlüsse waren in ihrer Meinung geteilt. Nach der englischen These sei es das Beste, einen neuen Bericht der interalliierten Kommission abzuwarten. Man könne Griechenland so nicht beurteilen. Nach der französischen These muß man zu einem Ende kommen, damit der Konflikt nicht wieder eröffnet werde. Man soll danach Italien am 27. September die 50 Millionen Lire die von Griechenland deponiert seien, bezahlen, vorausgesetzt, daß bis zum 27. September, dem Tage der Klärung von Korfu, die Schulden nicht verhaftet worden sind.

## Triumph in Frankreich — Besorgnis in England.

### Wilderung der Druckmittel.

Das Jahr 1923 ein großes Defizit.

Paris, 26. September. Poincaré ist gestern von einer Beerdigungsjäger nach Paris zurückgekehrt und wird von der Presse als Triumphator begrüßt. Er erhielt, nach der Mitteilung des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Mail“, die Nachricht von der Zustimmung der Bundesstaaten zur Einstellung des passiven Widerstandes auf der Fahrt und soll gesagt haben: „Die Nachrichten aus Berlin sind gut, aber eher wie offiziell davon benachrichtigt worden sind, daß die Reichsregierung die nötigen Verfügungen zur Einstellung des Widerstandes getroffen hat, werden wir unsere Positionen nicht aufgeben.“ Heute bringt die „Echo de Paris“ weitere Informationen, die zuversichtlich sein dürften, da das Programm, das sie enthalten, auch von anderen offiziell unterrichteten Blättern bestätigt wird. Dieses Programm stellt sich etwa folgendermaßen dar: Die Maßnahmen, die seit dem Beginn der Ruhrbesetzung von Frankreich und Belgien getroffen wurden, seien zweifacher Art gewesen. Sie bezogen sich erstens auf Zahlungen und Lieferungen und umfaßten zweitens die Sanktionen und Druckmittel, die notwendig waren, den Widerstand zu brechen. Am ersten Teil des Programms soll so gut wie nichts geändert werden, nur die Form kann, bei erwiesener Arbeitslosigkeit, gemildert werden. Dagegen sollen die Druckmittel Frankreichs, wie die Blockadeabfertigung, die militärische Besetzung der Städte und Güten, Transport- und Zufuhrverbote aufgehoben oder gemildert werden! Deutschland hat zunächst das Programm vom 11. Januar anzuführen. Die Besprechungen über das ganze System der Reparationen können vorläufig die erste Voraussetzung nicht beeinflussen. Sobald die offizielle Erklärung über die Einstellung des passiven Widerstandes erfolgt ist, lehnt Frankreich, wie der Ministerpräsident wiederholt erklärt hat, direkte Verhandlungen nicht mehr ab. Vertinax gibt dann noch einige Mitteilungen wieder, wie der Comte d'Orsay die

es durchgeht, Deutschland auf die Knie zu zwingen; aber wir erlauben uns, zu bemerken, daß die Lage Frankreichs, soweit die Reparationen in Betracht kommen, erheblich besser war, als Deutschland und als nicht auf den Ruin lag und als Poincaré noch nicht Ministerpräsident geworden war.“

### „Die wahre Arbeit fängt erst an.“

Optimistische Auffassung in Belgien. Paris, 26. September. Die französische Presse überschlägt sich in Begeisterung über den Triumph Poincarés, für den der Ehrenname Poincaré-la-Bahe bestimmt wird. Aber charakteristisch ist, daß jeder Symptom mit den Worten endet: „Die wahre Arbeit fängt erst an.“ Es fehlt nicht an Ratschlägen, wie diese Arbeit getan werden soll. Die lautesten Schreier sind für die Auflösung des Reiches und für eine direkte Verständigung mit der rheinischen und westfälischen Großindustrie. Die Älteren raten, mit dem Druck jetzt nachzulassen, damit Deutschland am Leben bleibe und zahlen könne. Zwischen beiden Lagern steht die gefährlichste Gruppe, unter der Führung des „Zembo“, die politischen Intriganten, welche die Einstellung des passiven Widerstandes zwar als willkommenen Erfolg akzeptieren, aber dessen ungeachtet die Eroderung beliebiger lange fortsetzen wollen. Es ist aber vorläufig kein Anzeichen dafür zu erkennen, daß die französische Regierung diese Auslegungskünste zu unterstützen gedenkt. Aus der Umgebung Poincarés wird berichtet, daß, nach der offiziellen Erklärung über die Einstellung des Widerstandes, eine Art Waffenstillstand vereinbart werden soll, dessen Bedingungen im Geldbus, in den bekannten Dokumenten 23 und 25, zu finden seien. Danach wird wahrscheinlich die Reichsregierung aufgefordert werden, einen neuen Reparationsvorschlag vorzulegen, über den zunächst eine Beratung Frankreichs, Belgiens und Englands stattfinden dürfte. Ob an dieser ersten Konferenz auch bereits Italien teilnehmen wird, ist noch nicht ganz gewiß. Im Augenblick scheint es der Wunsch Poincarés zu sein, die Lage nicht zu verschärfen. Wahrscheinlich soll Baldwin nicht flüchtig gemacht werden, dessen für morgen angekündigte Rede hier mit Spannung erwartet wird. Auch Mussolini wird bereits stark umworben, diplomatisch und un diplomatisch. Die geschickteste Methode besteht darin, den italienischen Ministerpräsidenten daran zu erinnern, daß er bereits am 15. Juni dem belgischen Votschaster in Rom gesagt habe, Deutschland müsse den passiven Widerstand aufgeben, die Verbündeten aber die deutschen Vorschläge sprechen könnten. Die belgische Auffassung der Lage ist, nach Pariser Meldungen, ziemlich optimistisch. Minister Jaspar hat befruchtigende Nachrichten aus Düsseldorf erhalten, und er soll danach gesagt haben, daß die Ruhrbesetzung bald einen anderen Charakter annehmen. Die Leiter der verbündeten Regierungen würden in nächster Zeit zusammenkommen, um das Reparationsproblem, im Hinblick auf eine endgültige Regelung, zu besprechen. Die belgische Regierung habe für diese Besprechungen alles vorbereitet und habe ihr Studienmaterial bereits vorgelegt. „Ist man in London und Paris ebenfalls?“ fragt das „Echo de Paris“. Der Posten des deutschen Votschasters in Brüssel soll, nach der gleichen Nachricht, in kurzer Zeit besetzt werden. Es sei davon die Rede gewesen, Dr. Landberg wieder nach Brüssel zu senden, aber seine Kandidatur werde nicht mehr in Betracht gezogen. Mit aller Bestimmtheit wird in der belgischen Hauptstadt erzählt, daß Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Großindustrie unmittelbar vor dem Abschluß ständen; diese letzte Meldung wird an deutscher amtlicher Stelle in Paris für falsch erklärt.

### Der Kabinettsrat in London.

London, 26. September. Dem heutigen Kabinettsrat wohnten fast alle Regierungsmitglieder bei. Wie es heißt, hat Baldwin das Kabinett über seine Begegnung mit Poincaré unterrichtet und Ausführungen über die augenblickliche, durch Einstellung des passiven Widerstandes geschaffene Lage gegeben. Eine Regierungserklärung wird jedoch erst für Montag erwartet. „Daily Telegraph“ betont in seinem Leitartikel, daß das Land sehr begierig sei, endlich über die Pläne der Regierung unterrichtet zu werden.

### Ein Marmruf Ramsay MacDonalds.

London, 26. September. Der Führer der englischen Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, der sich heute nach dem nahen Osten zur Untersuchung der dortigen Lage begibt, erklärte gestern auf einem Essen, es werde gesagt, die französische Ruhrpolitik stelle einen großen Erfolg dar. In Wahrheit habe Frankreich nur die Mittel zur Erzielung von Reparationen zum großen Teile zerstört und seine eigenen Schulden erhöht. MacDonald sagte weiter, unter der Regierung Baldwin sei der Ruf Englands herabgesetzt, daß niemand sich um England kümmere. Man könne den Mann nicht bereuen, der es zulasse, daß alle Bedeutung und aller Einfluß Englands unter den Nationen verringert werde. Wenn im übrigen Baldwin seine Meinung geändert habe, dann müsse er das Unterhaus ohne Bezug zusammenberufen und Bericht erstatten. Es sei dringend notwendig, unerbittlich die gesamte Frage der Reparationen aufzuwerfen. Es müsse ein Abereignen zwischen England, Frankreich, Belgien und Italien zustandekommen, nicht aber die Bezahlung der gegenseitigen Schulden, sondern über die Bedingungen ihrer Streichung. England müsse die Verantwortung mit Bezug auf die neue Fassung Europas auf sich nehmen und müsse darauf achten, daß es als Mitarbeiter von anderen Nationen wieder aufgenommen wird.

### „Was tut die britische Regierung?“

„Ein böser Tag für England.“ London, 26. September. „Daily Chronicle“ schreibt: „Alle Welt weiß, daß der wirtschaftliche Ruin Deutschlands ein tödlicher Schlag sowohl für den britischen Handel wie für den britischen Wiederaufbau ist. Aber die britischen Interessen sind ignoriert worden. Großbritannien allein hätte den Zusammenbruch verhindern können. Lange Zeit hatten die neutralen Staaten, ebenso wie Deutschland, auf Bonar Law und Baldwin geblickt, aber Lord Curzon schreibt nur Notizen, die unberücksichtigt bleiben. Baldwin ging nach Witz-Bains. Jedermann beginnt zu fragen: Was tut die britische Regierung? Gibt es überhaupt eine britische Regierung? Gibt es irgend einen Funktionär oder eine Autorität irgend welcher Art auf den britischen Inseln, die ein entscheidendes Wort zu äußern gewagt hätte, um den Notwendigkeiten der Situation Ausdruck zu geben? Es gab niemand, bis es zu spät war. Dies ist ein böser Tag für England und das englische Prestige.“

### Das Attentat von Janina. Entscheidungen der Votschasterkonferenz.

Paris, 26. September. Die Votschasterkonferenz hat gestern nachmittag über den Bericht verhandelt, der von der interalliierten Kontrollkommission in Janina am 21. September ausgegangen ist. In diesem Bericht erklärt die Kontrollkommission, daß sie zu keiner einmütigen und endgültigen Beschlußfassung habe kommen können, da ihr dazu eine zu kurze Frist gegeben worden sei um die ihr gestellten Probleme zu lösen. Es wird festgestellt, daß es sich um ein sehr sorgfältig vorbereitetes Verbrechen handle, das sicher einen politischen Charakter habe, wenn es sich nicht sogar um eine Sabotage handele,

### Blutige Zusammenstöße in Annaberg.

In Annaberg ist es in der Nacht zum Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und der Arbeiterpartei gekommen, wobei 1 Toter, 5 Schwerver- und 20 Leichtverletzte zu beklagen sind. Ein militärischer Aufmarsch der Rechtsradikalen am 22. September 11 Uhr nachts auf dem Markte hatte die Arbeiterpartei erregt. Da die Rechtsradikalen am Mittwoch wieder eine Versammlung abhalten wollten und mit Täuschlichkeiten gegen die Arbeiter drohten, versammelte sich die Arbeiterpartei von Annaberg und den umliegenden Orten am Mittwoch abend, um die Versammlung der Rechtsradikalen zu verhindern. Der Rat d. r. Stadt hatte am Nachmittag deren Versammlung verboten. Trotzdem sammelten sich etwa 200 Rechtsradikale und Arbeiter auf dem Marktplatz. Der anwesende Regierungskommissar versuchte durch Verhandlungen den Aufmarsch beider Truppen zu erzielen, was ihm auch gelang. Inzwischen war ein Aufmarsch aus dem Stadtbereich in den Außenbereich zu Zusammenstößen und Schlägereien, wobei es sechs ansehenden Leichtverletzte gab. Ein Sonderkommando von 30 Mann bemühte sich, die Streitenden auseinanderzubringen. Inzwischen kam es gegen Mitternacht außerhalb der Stadt am Pöhlberg zu neuen Zusammenstößen und Schlägereien zwischen Rechtsradikalen und Arbeiterpartei. Die unüberbrückliche Spaltung der Arbeiterpartei hat die Polizei sehr beschäftigt. Die Polizei hat die Waffen nicht gebraucht und hat keine Verletzte zu verzeichnen.

### Devisenkurse, 27. September.

New York (1 Dollar): 142 044 000 Geld — 142 756 000 Brief.

### Beamtenanwärter für die Stadtkasse und Steuerkassierstellen.

Beauftragte für die Stadtkasse und Steuerkassierstellen sind gesucht. Bewerberinnen sind zu melden. Stadtrat Augustinstraße 10.

### Beamtenanwärter für die Stadtkasse und Steuerkassierstellen.

Beauftragte für die Stadtkasse und Steuerkassierstellen sind gesucht. Bewerberinnen sind zu melden. Stadtrat Augustinstraße 10.

### Beamtenanwärter für die Stadtkasse und Steuerkassierstellen.

Beauftragte für die Stadtkasse und Steuerkassierstellen sind gesucht. Bewerberinnen sind zu melden. Stadtrat Augustinstraße 10.

### Beamtenanwärter für die Stadtkasse und Steuerkassierstellen.

Beauftragte für die Stadtkasse und Steuerkassierstellen sind gesucht. Bewerberinnen sind zu melden. Stadtrat Augustinstraße 10.

### Beamtenanwärter für die Stadtkasse und Steuerkassierstellen.

Beauftragte für die Stadtkasse und Steuerkassierstellen sind gesucht. Bewerberinnen sind zu melden. Stadtrat Augustinstraße 10.



Ämtlicher Teil.

Änderung der Gebühren für die Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter.

Die in der Verordnung 4931 II A/22 vom 13. Januar 1923 „Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter“ ...

- 1. Nebenliche Legitimierungsgedächtnis (VIII 2): 2.- M.
2. Höchste Legitimierungsgedächtnis (VIII 3): 5.- M.
3. Alle übrigen in der angelegenen Verordnung in Biffer VIII und XI genannten Gebühren: 0,50 M.

Diese Sätze sind mit der vom Reichsamt Reichsanwalt jeweils bekanntgegebenen Reichsanwaltschaft zu veröffentlichen, die für den Zeitpunkt Geltung hat, in dem der vollständige Antrag bei der Landesstelle Dresden der Deutschen Arbeiterzentrale eingegangen ist. ...

9. Ausgabe der Deutschen Arbeiterzentrale vom 26. 9. 1923 ab: 250.000. Ministerium des Innern.

Diejenigen Studierenden der Theologie, welche sich der theologischen Kandidatenprüfung im Wintersemester 1923/24 unterziehen wollen, werden ...

Die Prüfungskommission für Theologen. Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma ...

Berlin-Schöneberg, der Studententag ...

2. auf Blatt 676, betr. die Aktiengesellschaft ...

3. auf Blatt 1116, betr. die Aktiengesellschaft ...

4. auf Blatt 16925, betr. die Aktiengesellschaft ...

5. auf Blatt 14321, betr. die Kommanditgesellschaft ...

6. auf Blatt 18367, betr. die Gesellschaft ...

7. auf Blatt 18419, Die offene Handelsgesellschaft ...

Auf Blatt 583 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Auf Blatt 22550 des Handelsregisters, die Firma ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Generalversammlung zu bestellenden Mitgliedern. Die ...

Handes und des Aufsichtsrats sowie der Revisoren ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Auf Blatt 116 des Handelsregisters, betr. die ...

Dresden.

Die Oktobermiete.

Der Rat gibt die endgültigen Sätze der Oktobermiete bekannt. Nach den ursprünglich beschlossenen Sätzen war das 950 000fache der Grundmiete zu zahlen. ...

Table with 3 columns: Zuzschlag für, Verwaltungskosten, Instandhaltungskosten, etc. Values range from 480 000 to 270 000.

Der Zuzschlag für laufende Instandhaltungsarbeiten ...

Der Zuzschlag für laufende Instandhaltungsarbeiten ...

Der Zuzschlag für laufende Instandhaltungsarbeiten ...

Rachzahlung des Hauptmieters für Betriebskosten, laufende Instandhaltungsarbeiten und Wohnzuzschlag ...

Zuckerpreis. Da die Zuckerwarenindustrie der Deutschen ...

Schluss der Jahreschau. Das Präsidium der Jahreschau deutscher ...

Wertminderung und der schweren wirtschaftlichen ...

Wertminderung und der schweren wirtschaftlichen ...



Stadttraß Dr. Küster erweitert. Dr. Standt...
Rechtspfleger in dem Sinne, daß auch...
der nächstjährigen Jahreschau deutscher Arbeiter...

36. Nachtrag zur Gemeindefiscalordnung...
für die Stadt Dresden. Die Zuwachsteuer...
wird beim Übergang des Eigentums und den...

Bei den städtischen Volksschulern...
am 27. September an folgende Preise: für ein...
Bambusbad 6000000 M., ein Braubad 2400000...

Zeitvergleichungen durch Fernsprecher...
In unserer Volkswirtschaft spielen, bei dem heutigen...
hohen Werte der Zeit, richtig gehende Uhren eine...

Der Bau der Eisenbahn...
Die Reichsregierung hat für die Baukosten...
einmaliger Zeitverrechnung auf um 3 Mill....

Reine Verfertigung von Brotgetreide...
(N.) Die Brotverfertigung wurde bisher im...
harten Umfange im Wege der Einfuhr geschieht...

Jubiläum des sächsischen Trübelverbandes...
Die 21. Hauptversammlung des Deutschen...
Trübelverbandes wird am 29. September bis...

Der Ausbau der Wassertrasse...
Der wasserwirtschaftliche Ausbau des vord...
läufigen Reichswasserwerks hat seine Beratungen...

Aus Sachsen.

Eine falsche Vermutung.

(N.) Der „Kämpfer“, das Chemnitz komm...
nische Organ, trat in seiner Nummer vom...
26. September an, ab das Verbot der „Säch...

Keine Verfertigung von Brotgetreide!

(N.) Die Brotverfertigung wurde bisher im...
harten Umfange im Wege der Einfuhr geschieht...
Infolge der Beschränkung ist die Einfuhr jedoch...

Die diesjährige Tagung wird in erster Linie...

Offene Stellen für Lehrer.

In Gornau (D. Wohnung für Verh. vorh.)...
1 händ. Lehrstelle. Brn. bis 10. Okt. an den...
Bezirksrat zu Fichta.

Strohheim. Die Strohheim-Werke in...
Freiberg haben jetzt in Strohheim eine großartig...
angelegte und mit den modernsten Maschinen aus...

Tagung. In der letzten Stadtverson...
den erstgenannte teilte der Bürgermeister mit, daß...
die Stadt zurzeit 5 1/2 Millionen langfristige und...

Tageschronik.

Mit einem Postautomobil in den...

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist...
gestern nach dem Postauto des Postboten in...
Adenkirchen auf der Heimfahrt von Innsbruck...

Das verhängnisvolle Balkonrennen.

Ein vierter Ballon verunglückt.

Amsterdam, 25. September. Ein...
weiterer Ballon „Sphero“, der an...
dem Gordon-Bennett-Wettbewerb teilnahm...

Volkswirtschaft und Handel.

Die Reichsindexziffer.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung...
steht im, nach den Berechnungen des Stat...
istischen Reichsamts, für den 23. September auf...

Die Großhandelsindexziffer.

Zur gegen Ende der Berichtswache eingetretene...
Senkung des Dollarkurses sind die Preise...
der Einfuhr sowie der einkaufsmäßig gehandelten...

Der Ausbau der Wassertrasse.

Der wasserwirtschaftliche Ausbau des vord...
läufigen Reichswasserwerks hat seine Beratungen...
über den Ausbau und die Ausnutzung der Wasser...

Wohlstand und Wohlgefühl.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung...
steht im, nach den Berechnungen des Stat...
istischen Reichsamts, für den 23. September auf...

Wohlstand und Wohlgefühl.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung...
steht im, nach den Berechnungen des Stat...
istischen Reichsamts, für den 23. September auf...

Wohlstand und Wohlgefühl.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung...
steht im, nach den Berechnungen des Stat...
istischen Reichsamts, für den 23. September auf...

Wohlstand und Wohlgefühl.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung...
steht im, nach den Berechnungen des Stat...
istischen Reichsamts, für den 23. September auf...

Wohlstand und Wohlgefühl.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung...
steht im, nach den Berechnungen des Stat...
istischen Reichsamts, für den 23. September auf...

Wohlstand und Wohlgefühl.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung...
steht im, nach den Berechnungen des Stat...
istischen Reichsamts, für den 23. September auf...

Dresdner Kurse vom 26. September.

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Reichsbank, and various bonds.

Verstärkte Anleihen.

Table with columns for various types of bonds and their values.

Städt. Anleihen.

Table with columns for municipal bonds and their values.

Städt. Anleihen.

Table with columns for municipal bonds and their values.

Städt. Anleihen.

Table with columns for municipal bonds and their values.

Städt. Anleihen.

SLUB Wir führen Wissen.